

Senkung der Rentenbeiträge

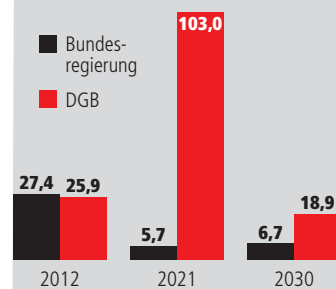
Vergiftetes Wahlkampfgeschenk

Die Bundesregierung will den Rentenbeitrag von derzeit 19,6 Prozent auf 19,0 senken. In den nächsten Wochen wird der Bundestag darüber beraten. Für den DGB ist die Beitragssenkung ein „vergiftetes Wahlkampfgeschenk“, so DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach, für die FDP ein absolutes Muss, und Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) knüpft gar ihr Schicksal als Ministerin daran, ob ihr Rentenpaket – Zuschussrente plus Beitragssenkung – umgesetzt wird. Bereits in der Koalition gescheitert bei der Verknüpfung von beiden, plant sie nun, den Beitragssatz in einem Verfahrensweg durchzusetzen, der ihn durch ein in der Länderkammer nicht zustimmungspflichtiges Gesetz regelt. Dagegen hat sich bereits eine breite Ablehnungsfront der Länder formiert.

Dabei geht es um 7,80 Euro im Monat – so viel würde die geplante Senkung der Rentenbeiträge DurchschnittsverdienerInnen mehr im Portemonnaie bringen. Einerseits. Andererseits wird dabei über die Rente nachfolgender Genera-

Schwarz-Gelb gefährdet Reserven

Entwicklung der Nachhaltigkeitsrücklage nach den Konzepten von Bundesregierung* und DGB** (in Milliarden Euro)



* Rentenpläne der Bundesregierung: Rentenniveau wird auf 43 Prozent gesenkt, keine Verbesserung von Erwerbsminderungsrente und Reha-Budget, Altersgrenze: 67 Jahre

** DGB-Rentenkonzept: Rentenniveau bleibt bis 2030 auf heutigem Niveau, Verbesserung von Erwerbsminderungsrente und Reha-Budget, Altersgrenze: 65 Jahre

Quelle: Berechnungen Deutsche Rentenversicherung Bund 2012, Konzept DGB

© DGB einblick 14/12

tionen und das künftige Rentenniveau entschieden. „Die geringfügige Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steht in keinem Verhältnis zur Absenkung des Rentenniveaus“, erklärt Annelie Buntenbach. Die Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent würde für DurchschnittsverdienerInnen

Die von der Bundesregierung geplante Senkung des Rentenbeitrags auf 19,0 Prozent führt nach Berechnungen der Deutschen Rentenversicherung bereits innerhalb weniger Jahre dazu, dass die Nachhaltigkeitsrücklage auf das gesetzliche Mindestmaß von 0,2 Monatsausgaben der Rentenversicherung absinkt. Dann würde ein Beitragssprung um einen ganzen Prozentpunkt innerhalb eines Jahres drohen – nur um die Zahlungsfähigkeit der Rentenversicherung zu gewährleisten.

(derzeit 2600 Euro monatliches Bruttoeinkommen) im Vergleich zu heute mehr als 150 Euro weniger Rente im Monat bedeuten.

Der DGB will eine „Achterbahnfahrt“ beim Beitragssatz vermeiden und hat ein Konzept entwickelt, um eine planbare und nachvollziehbare Demografie-Rücklage aufzubauen und das Rentenniveau von heute zu sichern (siehe Seite 3). Mit sofortiger Wirkung sollte die gesetzlich vorgesehene Begrenzung der Nachhaltigkeitsrücklage abgeschafft werden. Dieser gesetzliche Regelungsmechanismus sieht vor, den Beitragssatz zu senken, wenn die Rücklage 1,5 Monatsausgaben im Folgejahr übersteigt. Darauf beruft sich Schwarz-Gelb bei der geplanten Beitragssenkung. Nicht minder kritisch sieht der DGB von der Leyens Vorschlag einer Zuschussrente – kaum geeignet, Altersarmut zu verhindern, weil überhaupt nur wenige ArbeitnehmerInnen die Voraussetzungen dafür erfüllen können. Der DGB favorisiert stattdessen, die „Rente nach Mindesteinkommen“, um Altersarmut von Geringverdienenden entgegenzuwirken. •

Seite 2

Unübersichtliche Lage

Über die aktuelle Situation der ägyptischen Gewerkschaften berichtet Peter Senft, früher Gewerkschaftssekretär der IG Metall und jetzt Sozialreferent an der Deutschen Botschaft in Kairo

Seite 5

Wer hat, soll geben

Die Gewerkschaften fordern ein neues, gerechteres Steuersystem. Wer ausreichend Vermögen besitzt und über ein hohes Einkommen verfügt, soll mehr zum Staatshaushalt beitragen

Seite 7

Branche im Umbruch

Die Automobilindustrie steht vor einem Wandel. IG Metall-Expertin Astrid Ziegler erklärt, welche Chancen veränderte Mobilitätsgewohnheiten und Elektromobilität in der Zukunft bieten

plusminusBERLIN

+ „Wir brauchen einen Verfassungsschutz, der die Demokratie schützt, und nicht sich selber vor unangenehmen Fragen“, forderte **Thomas Oppermann**, Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, bei der Vorstellung der SPD-Eckpunkte zur Reform des Verfassungsschutzes.

- Der finanzpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion **Volker Wissing** kritisiert die von ver.di vorgeschlagene Vermögensabgabe: „Mit ein bisschen Sozialismus lässt sich die soziale Marktwirtschaft nicht stärken.“ Wer Vermögenssubstanz besteuern will, riskiere Arbeitsplätze.



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.neulich-bei-netto.de
Das ver.di-Infoblog „Neulich bei Netto“ informiert Beschäftigte und KundInnen über die Arbeitsbedingungen beim Discounter Netto

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Infos zum DGB-Rentenkonzept

Antikriegstag 2012

Politik für Frieden und Solidarität

Unter dem Motto „Frieden und Solidarität der Völker stärken – die Weltwirtschaft neu ordnen“ ruft der DGB am 1. September zum Antikriegstag auf. „Von stabilem Frieden auf der Welt sind wir weit entfernt“, heißt es in dem Aufruf. Mit großer Sorge beobachte der DGB, wenn politische Konflikte zwischen Staaten, aber auch zwischen widerstreitenden gesellschaftlichen Gruppen innerhalb eines Landes mit Waffengewalt ausgetragen werden. „Gewalt kann nicht mit Gewalt eingedämmt werden.“ Für eine langfristig angelegte globale Friedenspolitik gelte es, die Hauptursachen von Kriegen und Gewalt in den Blick zu nehmen. Dazu gehören laut DGB soziale Ungleichheit, politisches Unvermögen, kulturelle und religiöse Unterdrückung sowie Gier und Korruption. „Ihre Beseitigung ist die notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche

Friedenspolitik.“ Die Werte Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit zu achten, sei die Grundlage für eine friedlichere Welt und gerechtere Wirtschaftsordnung. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Betriebsräte

Gut vernetzt für Innovationen

Ein von der Hans-Böckler-Stiftung gefördertes Forschungsprojekt am Institut für Angewandte Innovationsforschung an der Ruhr-Universität Bochum (IAI) zeigt: Betriebsräte werden selbst aktiv beim Thema Innovation. Ob eine andere Arbeitsorganisation oder effizientere Produktionsprozesse – zunehmend bringen sie ihre Ideen ein.

Die Forscher haben fünf Gruppen von Betriebsräten identifiziert. Den größten Anteil hat der Typ der

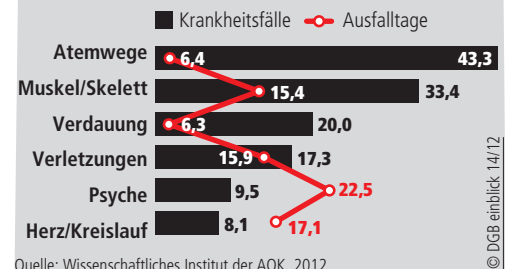
Nach dem **Fehlzeiten-Report 2012** des Wissenschaftlichen Instituts der AOK hat sich der Krankenstand mit 4,7 Prozent „auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau eingependelt“. Die Gründe für die Fehlzeiten haben sich jedoch verschoben. Zunehmend sind

psychische Belastungen der Grund für eine Krankmeldung. Die Autoren des Reports stellen fest: „Parallel zur zunehmenden Flexibilisierung der Arbeitswelt nimmt die Zahl der Fehlzeiten aufgrund psychischer Erkrankungen weiter zu.“ Seit 1994 stieg dieser Anteil um 120 Prozent. Im vergangenen Jahr lagen die

Ausfallzeiten aufgrund psychischer Erkrankungen mit durchschnittlich 22,5 Tagen pro Fall mehr als doppelt so hoch wie bei anderen Erkrankungen mit im Schnitt elf Tagen. Allein mit der Diagnose Burn-out wurden 2011 mehr als 130 000 Personen krankgeschrieben. Dies führte zu insgesamt 2,7 Millionen Fehltagen. Am stärksten betroffen waren davon Frauen in sozialen Berufen.

Krank durch Arbeit

Krankmeldungen (je 100 AOK-Mitglieder) und Ausfalltage (je Fall) nach Krankheitsarten (2011)



?...nachgefragt



Peter Senft, 63, ehemaliger Gewerkschaftssekretär der IG Metall, ist seit November 2011 Sozialreferent an der Deutschen Botschaft in Kairo und hat die Umbrüche vor Ort miterlebt. einblick fragte ihn nach seiner persönlichen Einschätzung zum Stand der Demokratie in Ägypten und zur Situation der Gewerkschaften.

Die Präsidentenwahl verlief atypisch. Zwar ist der neue Präsident Mohammed Mursi gewählt, es gibt jedoch kein Parlament und keine Verfassung, und der Präsident hat keine festgeschriebenen Aufgaben. Das Militär hat sich kurz vor der Wahl die Aufgaben des Parlaments und auch einige des Präsidenten angeeignet. Die Absetzung des Feldmarschalls Mohammed Hussein Tantawi Mitte August zeigt jedoch, dass Mursi hinter den Kulissen an Macht gewinnt. Er versucht, die Lage zu stabilisieren und die Macht vorsichtig vom Militär wegzulenken. Das ist gut für das Land. Die Lage der Gewerkschaften ist momentan unübersichtlich: Sie sind als Vereine gegründet und werden deswegen politisch nicht als Gewerkschaften anerkannt. Es gelingt ihnen nicht, sich eine Basis in den Betrieben zu schaffen. Dennoch gibt es gerade in deutschen Betrieben wie Thyssen-Krupp Uhde positive Beispiele. In ihren Werken haben sich Betriebsgewerkschaften gegründet, der Organisationsgrad beträgt 100 Prozent. Ein fünfköpfiger Vorstand agiert als Betriebsrat.

„machtvollen Mitgestaltung“. So können sich 33 Prozent aller ArbeitnehmervertreterInnen mit ihren Ideen durchsetzen. 17 Prozent zählen zum Typ der „ambitionierten Mitgestaltung“. Ihre Vorschläge werden eher weniger berücksichtigt. Die IAI-Experten stellen fest: Besonders wichtig für erfolgreiche Innovationsarbeit von Betriebsräten ist gute Vernetzung. So arbeiten

innovative ArbeitnehmervertreterInnen häufig mit externen BeraterInnen oder mit betrieblichen Experten zusammen. Nach der Studie passen Mitbestimmung und Innovation gut zusammen. Die Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen WSI-Betriebsrätebefragung unter insgesamt 1700 Betriebsratsgremien. •

www.boeckler.de/14_40703.htm

Qualität der Arbeit

Ruhezeiten werden immer kürzer

In Deutschland haben Nacht- und Wochenendarbeit deutlich zugenommen, stellt das Statistische Bundesamt in seinem Bericht „Qualität der Arbeit 2012“ fest. Immer häufiger werde nicht nur unter der Woche, sondern auch am Wochenende gearbeitet. Der Anteil der Erwerbstätigen, die samstags arbeiten, stieg von 20 Prozent (1992) auf 27 Prozent (2011). Der Anteil der SonntagsarbeiterInnen wuchs von zehn Prozent auf 14,5 Prozent. Am Abend sind noch 27 Prozent der ArbeitnehmerInnen beschäftigt, und der Anteil derjenigen, die regelmäßig nachts

arbeiten, liegt bei neun Prozent. Männer arbeiteten dabei fast doppelt so häufig nachts wie Frauen. Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach heißt die Konsequenz: „Die Arbeitgeber müssen von der Bundesregierung viel stärker in die Pflicht genommen werden.“ Benötigt würden verbindliche Erholungszeiten, „sonst werden die Leute krank“. Letztlich, so Buntenbach, belegten die Zahlen des Statistischen Bundesamtes wie zahlreiche weitere Studien, dass „Arbeit zum Stressfaktor Nummer eins“ werde. •

www.destatis.de/qda

Eine bessere Rente ist möglich

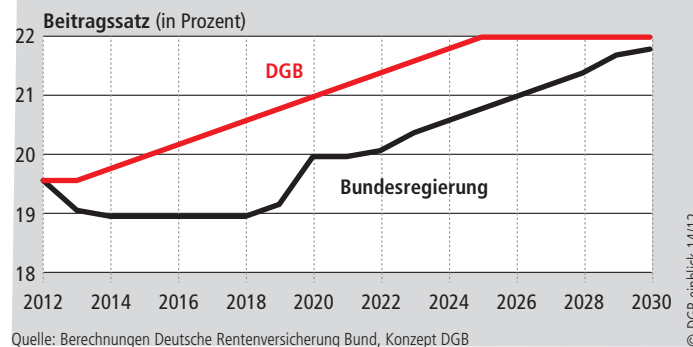
Das Rentenkonzept des DGB zeigt, wie das heutige Rentenniveau in Zukunft gesichert werden kann.

Ohne Frage – die alternde Gesellschaft erfordert Veränderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Doch die Rentenreformen der letzten zehn Jahre haben vor allem dazu geführt, dass das Risiko der Altersarmut für immer mehr Menschen steigt. Die geplante weitere Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent bis 2030 bedeutet, dass DurchschnittsverdienerInnen künftig 33 Jahre durchgängig arbeiten müssten, nur um eine Rente über der steuerfinanzierten Grundsicherung im Alter zu erreichen. Wer 2000 Euro verdient, muss mehr als 43 Jahre arbeiten, um nicht im Alter auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Angesichts des boomenden Niedriglohnsektors und der immer unsteteren Erwerbsbiografien ist für viele Beschäftigte Altersarmut vorprogrammiert (siehe Tabelle).

Es geht auch anders – das zeigt das DGB-Rentenkonzept. Statt den Rentenbeitrag zu senken, fordert der DGB moderate Erhöhungen in kleinen Schritten. Ziel ist es, die dadurch gewonnenen Mittel dafür einzusetzen, um die Rücklagen der Rentenversicherung zu einer Demografie-Reserve auszubauen. 2015 wurde die Nachhaltigkeitsrücklage so auf 3,1 Monatsausgaben, 2020 bereits auf rund acht Monatsausgaben steigen. Die gewonnenen Mittel könnten dann genutzt werden, um zumindest das Rentenniveau auf dem heutigen Stand zu stabilisieren und die Erwerbsminderungsrente zu verbessern. Das Konzept zeigt, dass selbst bei einer Begrenzung des Beitragsatzes auf 22 Prozent ausreichend Spielräume bestehen, um die Rente für die junge Generation zu sichern. Langfristig steht für den DGB außer Frage, dass die Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung umgebaut werden muss. •

Stabile Beiträge, sichere Renten

DGB-Rentenmodell und Konzept der Bundesregierung im Vergleich



Statt den Rentenbeitrag zu senken, schlägt der DGB vor, ihn an die demografische Entwicklung anzupassen und in jährlichen Schritten um je 0,1 Prozentpunkte für Versicherte und Arbeitgeber anzuheben. Bis zum Jahr 2025 würde er so auf 22 Prozent steigen. Diese gesetzliche vorgesehene Beitragsgrenze für 2030 ist keine Forderung des DGB. Doch auch unter diesen Bedingungen entsteht eine Demografie-Reserve, mit der die Rente der Zukunft deutlich verbessert und sogar die Rente mit 67 ausgesetzt werden kann.

Das DGB-Rentenkonzept

Der DGB will

- ✳ auf eine Senkung des Rentenbeitrags verzichten
- ✳ stattdessen eine Demografie-Reserve durch eine jährliche Steigerung des Beitrags um 0,2 Prozentpunkte aufbauen
- ✳ die dadurch gewonnenen Mittel nutzen, um das Rentenniveau auf dem heutigen Niveau zu sichern
- ✳ die Rente mit 67 aussetzen
- ✳ flexible, sozial abgesicherte Übergänge in den Ruhestand ermöglichen
- ✳ Erwerbsminderungsrente und Reha-Budget spürbar verbessern

Mehr: ichwillrente.net

Altersarmut vorprogrammiert

Das Rentenniveau, also das Verhältnis der Standardrente zum Durchschnittseinkommen aller Erwerbstätigen, soll auf bis zu 43 Prozent bis 2030 abgesenkt werden. Welche Auswirkungen das hat, zeigt der DGB anhand von Beispielrechnungen, die davon ausgehen, dass das herabgesenkte Rentenniveau bereits heute Realität ist. Basis der Berechnungen sind: eine 40-Stunden-Woche, 40 Beitragsjahre, unveränderte Entgeltpositionen und keine Rentenabschläge.

	Durchschnittl. Bruttoverdienst im Monat	Renten-Minus im Monat
Wachmänner (männlich, Ost, max. 5 Jahre Berufserfahrung, Betrieb unter 100 Beschäftigte)	1536 Euro	
Rente bei 50% Rentenniveau	= 685,58 Euro	
Rente bei 43% Rentenniveau	= 589,00 Euro	- 96 Euro
Fleischereifachverkäuferinnen (weiblich, West, max. 5 J. Berufserfahrung, Betrieb unter 100 Besch.)	1859 Euro	
Rente bei 50% Rentenniveau	= 795,16 Euro	
Rente bei 43% Rentenniveau	= 683,00 Euro	- 112 Euro
Dachdecker (männlich, Ost, 10 Jahre Berufserfahrung, Betrieb unter 100 Beschäftigte)	2234 Euro	
Rente bei 50% Rentenniveau	= 997,12 Euro	
Rente bei 43% Rentenniveau	= 857,00 Euro	- 140 Euro
Metallarbeiter (männlich, West, 15 Jahre Berufserfahrung, Betrieb mit 100-500 Beschäftigten)	2624 Euro	
Rente bei 50% Rentenniveau	= 1.122,37 Euro	
Rente bei 43% Rentenniveau	= 964,00 Euro	- 158 Euro
Werkzeugmacher (männlich, Ost, 25 Jahre Berufserfahrung, Betrieb über 500 Beschäftigte)	2867 Euro	
Rente bei 50% Rentenniveau	= 1279,65 Euro	
Rente bei 43% Rentenniveau	= 1099,00 Euro	- 180 Euro
Chemielaborantinnen (weiblich, West, 25 J. Berufserfahrung, Betrieb mit 100-500 Beschäftigten)	3274 Euro	
Rente bei 50% Rentenniveau	= 1400,40 Euro	
Rente bei 43% Rentenniveau	= 1204,00 Euro	- 196 Euro

Die berechneten Renten stellen Richtwerte dar. Sie dienen dazu, die Unterschiede zwischen stabilem und weiter sinkendem Rentenniveau bei ansonsten identischen Erwerbsbiografien aufzuzeigen. Für die Rentenberechnung sind die jeweiligen Durchschnittsentgelte West bzw. Ost notwendig. Hierfür wurde auf die sog. Bezugsgröße der Sozialversicherung zurückgegriffen. Für das Jahr 2012 liegen diese Werte bei 2.625 EUR (West) bzw. 2.240 EUR (Ost). Die tatsächlichen Durchschnittseinkommen können davon etwas abweichen.

Quelle: DGB

Gelbe Hand

Wettbewerb gegen Rassismus

Zum siebten Mal hat der gewerkschaftliche Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ den Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ für 2012/2013 ausgeschrieben. Bundesweit sind BerufsschülerInnen und Auszubildende aufgerufen, sich mit Beiträgen gegen Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus in Berufsschule,

Berufskolleg oder am Arbeitsplatz zu beteiligen. Die Schirmherrschaft haben der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Alexander Kirchner, Vorsitzender der EVG, übernommen. Kirchner betont: „Ausgrenzung und Rassismus haben in der Arbeitswelt nichts verloren. Hier geht es um das kollegiale Miteinander. Auch der diesjährige Wettbewerb soll zeigen, wo dies besonders gut gelingt.“

Die besten drei Beiträge werden mit Geldpreisen prämiert, ebenso der Sonderpreis Baden-

Württemberg sowie die Sonderpreise der DGB-Jugend NRW und Baden-Württemberg. Einmalig in diesem Jahr werden zwei weitere Preise zum Thema „Verwischte Spuren – Würde und Widerstand im Alltag“ verliehen. Initiiert von DGB und Kumpelverein sollen diese Preise an die Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch Nationalsozialisten am 2. Mai 1933 erinnern, die sich 2013 zum 80. Mal jährt. Einsendeschluss ist der 31. Januar 2013. •

www.gelbehand.de/wettbewerb

Tagung

Zukunft des Sozialstaats

Die internationale Wirtschaftskrise wirkt sich auf den Sozialstaat aus: Einnahmeausfälle schränken seine Handlungsfähigkeit ein. Dabei können seine Institutionen gerade in Krisenzeiten gesellschaftliche Stabilität bieten. Um die Zusammenhänge von Wirtschaftsentwicklung und Sozialstaatstabilität zu diskutieren, laden Hans-Böckler-Stiftung und Deutsche Bundesbank zur Tagung „Sozialstaat unter Krisendruck: Schwinden die Chancen für eine stabilisierende Sozialpolitik?“ ein. Diskutiert werden Strategien, wie moderne Sozialstaaten ökonomische und gesellschaftliche Stabilität fördern können. Die Tagung findet am 10. Oktober in Frankfurt/Main statt. •

www.boeckler.de/4990_40650.htm

DGB-Bildungswerk

Mitbestimmung und soziale Verantwortung

Viele Unternehmen nehmen mittlerweile mit Projekten ihre gesellschaftliche Verantwortung – neudeutsch: Corporate Social Responsibility (CSR) – wahr. Auch für Betriebsräte ist CSR wichtig. Sie sind in die Maßnahmen des Unternehmens eingebunden und vertreten die Interessen der Beschäftigten. Die Mitbestimmungsrechte des Be-

triebsrates bei CSR-Projekten stehen im Mittelpunkt des Seminars „CSR und Mitbestimmung. Beteiligungsrechte, Handlungsfelder, Informationsmöglichkeiten, Hilfestellung“, zu dem am 12. September das DGB-Bildungswerk NRW nach Düsseldorf einlädt. Neben „guten Beispielen“ für CSR im Betrieb werden in Arbeitsgruppen verschiedene

Handlungsfelder beleuchtet. Auch das Projekt „Mitbestimmung und Verantwortung im Mittelstand“ (MitDrei) des DGB-Bildungswerks wird vorgestellt. Seit Januar 2012 läuft das Projekt im Rahmen des Programms „Unternehmens-Werte“, das vom Bundesministerium gefördert wird. •

www.dgb-bildungswerk-nrw.de

BetriebsräteTag 2012

Motor für gute Arbeit

Die Nominierten für den Deutschen Betriebsräte-Preis stehen fest. Die achtköpfige Jury wählte aus über 80 Bewerbungen sechs Nominierte aus: die Betriebsräte der Bayer AG Leverkusen, der Festo AG & Co. KG Esslingen, der Gewoba AG Bauen und Wohnen Bremen, der Salzgitte Flachstahl GmbH, der Vorwerk Deutschland Stiftung & Co. KG Wuppertal und der Westfleisch Lübbecke. Darüber hinaus werden Sonderpreise in den Kategorien „Fair statt Prekär“, „Gute Arbeit“, „Innovative Betriebsratsarbeit“ und „Zukunftssicherung“ verliehen. Die Preisverleihung findet auf dem Deutschen BetriebsräteTag am 24./25. Oktober in Bonn statt. Neben der Preisverleihung stehen zahlreiche Praxisberichte von Betriebsräten und der Austausch im „Parlament der Betriebsräte“ auf dem Programm des BetriebsräteTags. •

www.betriebsraetetag.de

interregio

••• **Helden des Alltags** hat Stefan Körzell, Vorsitzender des **DGB Hessen-Thüringen**, im Rahmen



Foto: Ute Fritzel/DGB

seiner diesjährigen Sommertour im August besucht. Helden des Alltags sind für Körzell (auf dem Foto rechts) die Menschen, die unseren Müll wegräumen, sich um unser Abwasser kümmern oder unsere Kinder betreuen. Körzell war zu Gast bei ErzieherInnen in Breuberg/Oden-

wald, Stadtentwässerern in Frankfurt/Main, Stadtreinigern in Kassel, den Beschäftigten eines Milchwerks in Erfurt sowie GebäudereinigerInnen in Jena. Körzell sprach nicht nur mit ihnen, sondern packte auch selbst an, zum Beispiel bei der Biomüllabfuhr in Kassel (Foto). An den Helden des Alltags imponiere ihn besonders, „dass sie ihre Arbeit unter schwierigen und widrigen Bedingungen, aber auch mit sehr viel Leidenschaft verrichten“. Die Reise habe die Ausgangsthese des DGB bestätigt: „Für diese Arbeiten, die so wichtig für unser tägliches Leben sind, gibt es zu wenig gesellschaftliche Anerkennung.“ Ob Erzieherin, Müllwerker oder Kanalarbeiter – sie alle arbeiten im öffentlichen Dienst und gehören nicht zu den Besserverdienenden. „Ihr Organisations-

grad ist aber beeindruckend hoch“, erklärt der Bezirksvorsitzende. „Das hat uns wieder mal gezeigt, dass der öffentliche Dienstleistungsbereich mit das Rückgrat der Gewerkschaftsbewegung ist.“

www.hessen-thueringen.dgb.de/laOe

••• **ver.di Berlin-Brandenburg** will mit einem **Fair-Kauf-Führer** dem wachsenden Bedürfnis vieler Einzelhandelskunden entgegenkommen, die mit „gutem Gewissen dort einkaufen wollen, wo die Arbeitsbedingungen stimmen“. Grundlage der Empfehlungen sind die Bewertungen der Einzelhandelsunternehmen durch rund 2000 Beschäftigte und 70 Betriebsräte zwischen November 2011 und Juni 2012. Insgesamt 28 Geschäfte werden empfohlen.

www.einkauf-empfohlen.de

Staatseinnahmen

Wer hat, soll geben

Ein neues Steuersystem fordern die Gewerkschaften. Wer ausreichend Vermögen besitzt und über ein hohes Einkommen verfügt, soll auch mehr als bisher zum Staatshaushalt beitragen.

Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer mehr. Während – nicht zuletzt verschärft durch die Finanzkrise – der kleine Anteil Reicher immer mehr Vermögen anhäuft, arbeiten acht Millionen Menschen im Niedriglohnsektor. In den vergangenen Jahren mangelte es zudem nicht an Steuergeschen-

So verzichtet der Staat freiwillig auf Einnahmen aus der Erbschaftssteuer. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums liegt das private Nettovermögen bei rund 8600 Milliarden Euro. Davon gehören 5160 Milliarden Euro den reichsten zehn Prozent. Milliarden, die in der Regel nicht durch Arbeit

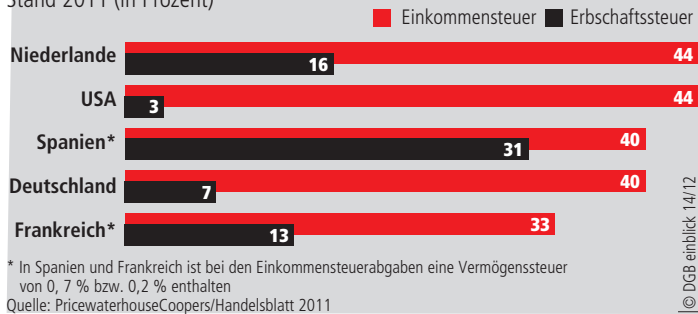
zubauen und Mittel zur Verfügung hätten, um in wichtige Bereiche wie Bildung oder Infrastruktur zu investieren.

In der aktuellen Krise wäre zudem eine Vermögensabgabe mehr als berechtigt. Eine einmalige Erhebung, die dem Staat die Chance bieten würde, einerseits seine Verschuldung abzubauen, andererseits könnten die Mittel zur Absicherung der Garantien für die Eurorettung eingesetzt werden. Eine solche Abgabe, die – im Gegensatz zu steuerlichen Änderungen – nur aufgrund der aktuellen finanziellen Notlage in Betracht käme, wäre verfassungskonform. Zu diesem Ergebnis kommt ein Rechtsgutachten, das ver.di gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung erstellen ließ. Für eine solche Abgabe plädiert auch der DGB. Im Idealfall würde sie europaweit beschlossen, um die wirtschaftliche Talfahrt der Euro-Länder zu beenden. Denn bislang haben die Sparprogramme nur eines deutlich gezeigt: Die rigiden Sparvorgaben verlängern die Rezession. Die Krise kann nur mit mehr Investitionen gestoppt werden. Und dafür würden Mehreinnahmen dringend benötigt.

Für den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske ist eine solche Abgabe auch eine Frage der Gerechtigkeit: „Es ist nur angemessen und gerecht, wenn diejenigen, deren Vermögen im Zuge der Bankenrettung durch den Staat mit Steuergeld gesichert wurde, jetzt ihren Beitrag zum Abbau der Verschuldung leisten.“ Auch das zuständige DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki hält eine solche Abgabe für gerechtfertigt – auch dann, wenn zusätzlich die Vermögenssteuer käme. „Schließlich“, so Matecki, „ist der Staat schon einmal gut mit einem solchen System gefahren“. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Vermögenden für den so genannten Lastenausgleich herangezogen. Über 30 Jahre wurden die Zahlungen gestreckt und liefen bis 1979. Die damaligen Einnahmen lagen bei rund 42 Milliarden Mark. •

Steuerbelastung der Spitzenverdiener

Effektive Belastung hoher Einkommen durch Einkommen- und Erbschaftssteuer, Stand 2011 (in Prozent)



Die Finanzkrise samt Eurorettung führt zu Finanzproblemen. Schon eine höhere Erbschaftssteuer könnte den Haushalt entlasten.

ken für die, denen es ohnehin gut ging. Angesichts der zunehmenden Verschuldung des Staates und der zu erwartenden Belastungen durch die Eurokrise ist es höchste Zeit für ein neues Steuersystem, das sich an der Leistungsfähigkeit der SteuerzahlerInnen orientiert.

„Politische Handlungsfähigkeit setzt ausreichende Steuereinnahmen voraus“, sagt DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki. Der DGB will die Reichen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben stärker beteiligen. So soll nach Vorstellung der Gewerkschaften die Einkommensteuer durch die Anhebung des Spitzensteuersatzes und den schrittweisen Abbau des so genannten Mittelstandsbauchs gerechter werden. Doch nicht nur Spitzenverdiener werden steuerlich privilegiert, sondern auch Erbschaften und Vermögen.

in die Kasse kamen, sondern geerbt wurden. Pro Jahr hinterlassen die Deutschen ihren Erben rund 200 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer lagen im vergangenen Jahr aber gerade mal knapp über vier Milliarden Euro.

Dies gilt ebenso für eine Vermögenssteuer. Das Bundesverfassungsgericht stoppte diese Steuer mit der Begründung, sie verstoße wegen der unterschiedlichen Bewertung der Vermögensarten (Immobilien, Bargeld oder Betriebsvermögen) gegen den Gleichheitsgrundsatz. Seit 1996 wird sie nicht mehr erhoben. Eine verfassungskonforme Neufassung des Gesetzes wurde bis heute nicht in Angriff genommen. Eine Vermögenssteuer hätte den Vorteil, dass sie den Ländern zugute käme, die mit den höheren Einnahmen in der Lage wären, ihre Verschuldung ab-

Verfassungsgemäße Vermögensabgabe

Der Rechtswissenschaftler Professor Dr. Joachim Wieland (Universität Speyer) prüfte im Auftrag von ver.di und der Hans-Böckler-Stiftung die Vermögensabgabe auf verfassungsrechtliche Probleme. Sein Fazit: Der Bund sei infolge der Finanzkrise in einer einmaligen Notlage. Die Finanzkrise und die angestrebte Reduzierung des Schuldenstandes, der als Folge der Bankenrettung zuletzt sprunghaft angestiegen ist, rechtfertigten eine einmalige Vermögensabgabe. Es handle sich hier um einen „außerordentlichen Finanzbedarf“. Wieland beruft sich dabei auf das Grundgesetz Artikel 106.

Nach den Vorstellungen von ver.di könnte eine solche Vermögensabgabe gestaffelt werden. Dann müssten beispielsweise von einem Vermögen von zehn Millionen Euro 20 Prozent abgegeben werden, zahlbar in Tranchen über zehn Jahre. Kleinere Vermögen würden geringer, größere höher belastet. Zwischen 270 bis 300 Milliarden Euro könnte der Finanzminister dann auf der Einnahmeseite verbuchen. Betroffen von der Abgabe wären laut ver.di die 780 000 reichsten BürgerInnen; also das eine Prozent der Bevölkerung, das ein Drittel des Nettovermögens besitzt.

www.bit.ly/gutachtenvermögen

kurz & bündig

ver.di

Beschäftigte, die Kernkraftwerke bewachen, dürfen streiken. Dass hat das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg entschieden. ver.di begrüßt die Entscheidung. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske fordert die Arbeitgeber der Sicherheitswirtschaft nun auf, über einen Sozialtarifvertrag zu verhandeln.

EVG

Beschäftigte von Zeitarbeitsunternehmen, die befristet für Eisenbahnunternehmen tätig sind, erhalten künftig mehr Geld. Darauf hat sich die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft mit den Arbeitgeberverbänden der Zeitarbeitsbranche geeinigt. Die Zuschläge orientieren sich an der Dauer der Beschäftigung.



Als „völlig absurd“ bezeichnet die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Pläne von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU), das absolute Alkoholverbot für Fahrer von Transporten gefährlicher Güter zu lockern. Demnach soll die Grenze von null auf 0,5 Promille angehoben werden. Die GdP kritisiert: Fahruntüchtigkeit könne bereits ab 0,3 Promille eintreten.



Vom 3. September bis zum 1. Dezember unterstützt die IG BCE neu gewählte gewerkschaftliche Vertrauensleute in den Betrieben mit einem Informations-Blog. Unter www.die-ersten-100-tage.de erhalten sie wöchentlich Informationen und Aufgaben, um sich mit ihrer neuen Rolle vertraut zu machen.

Altersgerechte Arbeit

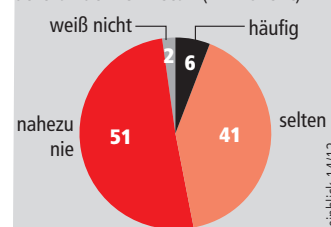
Fata Morgana

Altersgerechte Arbeitsplätze sind Mangelware. Und gerade mal 3,8 Prozent der Beschäftigten im Organisationsbereich der IG Metall sind über 60 Jahre alt. Das zeigt eine Betriebsrätebefragung der IG Metall. Allen Bekundungen von Arbeitgebern und Bundesregierung zum Trotz, dass angesichts des Fachkräftemangels die Beschäftigungschancen von Älteren gestiegen seien, lautet das Fazit der IG Metall: „Die schöne neue Arbeitswelt für die Älteren ist eine Fata

Morgana“, so IG Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban. Die IG Metall fordert von Arbeitgebern und Politik altersgerechte Arbeitsplätze und flexible Ausstiegsmöglichkeiten aus dem Arbeitsleben. „Notwendig sind Arbeitsplätze, mit denen Ältere gesund bis zur Rente arbeiten und zu fairen Bedingungen aus dem Erwerbsleben aussteigen können. Erforderlich ist eine Rente, die vor Armut schützt“, erklärt Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. In den nächsten Monaten will die IG Metall die Betriebe auf den Prüfstand stellen. Vom 5. bis 9. November sind Aktions- und Informationstage geplant. ●

Altersgerechte Arbeitsplätze Fehlanzeige

Häufigkeit von Maßnahmen zur altersgerechten Arbeitsplatzgestaltung in Betrieben im Organisationsbereich der IG Metall (in Prozent)



Quelle: Betriebsrätebefragung der IG Metall, Juni / Juli 2012

© DGB einblick 14/12

Nicht mal jedes dritte Unternehmen im Organisationsbereich der IG Metall berücksichtigt in der Personalplanung den demografischen Wandel. Mehr: www.igmetall.de

Aktionstag

Mehr Geld für den Sozialstaat

„Die Zeit ist reif für Umverteilung“, begründet der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske das Engagement seiner Gewerkschaft beim Bündnis „UMfairTEILEN – Reichtum besteuern“. Anfang August gegründet, rufen die Bündnispartner für den 29. September zu einem bundesweiten Aktionstag auf. Ziel ist die Einführung einer Vermögenssteuer und -abgabe, eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen, großer Erbschaften und finanzstarker Unternehmen. Zu den Initiatoren zählen ver.di, die GEW, DGB-Jugend, attac, compact, der Deutsche Paritätische Gesamtverband und andere. ●

www.umfairteilen.de

WSI-Studie

Pflegeberufe im Fokus

Eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung zeigt: Beschäftigte in Pflegeberufen klagen über die sehr stressige und körperlich oft erschöpfende Arbeit. Allerdings empfinden die Beschäftigten ihre Arbeit als interessant und abwechslungsreich. Unzufrieden sind sie mit ihrer Bezahlung von durchschnittlich 2360 Euro brutto. WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck kritisiert: „Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Prinzipien ‚Faire Löhne‘ und ‚Gute Arbeit‘ im Pflegesektor noch keineswegs zufriedenstellend umgesetzt sind.“ Unter anderem verdienen Frauen

bis zu 11,7 Prozent weniger als ihre Kollegen. Befristet Beschäftigte verdienen 18 Prozent weniger als ihre fest angestellten KollegInnen. Die WSI-Forscher betonen aber auch, wie stark die ArbeitnehmerInnen in der Pflegebranche von der Tarifbindung profitieren. Betriebe, in denen ein Tarifvertrag gilt, zahlen durchschnittlich 2597 Euro brutto im Monat und damit knapp 19 Prozent mehr als nicht tarifgebundene Betriebe. ●

www.boeckler.de

IG Metall

Chance für Schulabbrecher

Wer keinen Schulabschluss vorweisen kann, hat es schwer auf dem Ausbildungsmarkt. Damit Jugendliche trotzdem eine Chance bekommen, hat die IG Metall für den Tarifbezirk Mitte einen Tarifvertrag mit dem Arbeitgeberverband Hessenmetall vereinbart. Dieser sieht vor, dass junge Menschen ohne Schulabschluss eine Fördermaßnahme von sechs bis zwölf Monaten im Betrieb durchlaufen können und somit Chancen auf eine Berufsbildung erhalten. Integration in den Betriebsablauf sowie individuelle Förderung sollen dabei im Vordergrund stehen. ●

GEW-Wettbewerb

Ideen gegen Kinderarbeit

Die GEW hat unter dem Motto „Kinderarbeitsfreie Zone“ zu einem Ideenwettbewerb aufgerufen. Gesucht werden Ideen und Projekte, die helfen, weltweit dem Ziel „Bildung statt Kinderarbeit“ näher zu kommen. SchülerInnen

und Studierende können bis zum 1. März 2013 ihre Beiträge bei der GEW einreichen. Vorgestellt und ausgezeichnet werden die ausgewählten Beiträge im Rahmen des GEW-Gewerkschaftstages in Düsseldorf im Juni 2013. Schirmherr des Wettbewerbs ist der DGB-Vorsitzende und Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) Michael Sommer. ●

www.gew-ideenwettbewerb.de

Automobilindustrie

Eine Branche im Umbruch

Die Automobilindustrie steht vor einem Wandel. Welche Chancen die IG Metall durch veränderte Mobilitätsgewohnheiten und Elektromobilität sieht und wie trotz Krise die Zukunft gestaltet werden kann, erklärt Industrie-Expertin Astrid Ziegler.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Automobilindustrie ist groß. Von ihr gehen nicht nur starke Impulse auf Wachstum und Beschäftigung aus, das Auto prägt auch seit Jahrzehnten die Verkehrsentwicklung und die Mobilitätsgewohnheiten der Menschen. In Zeiten konjunktureller Unsicherheiten steht sie umso mehr im Fokus des öffentlichen Interesses, denn sie gilt als eine **sehr stark konjunkturabhängige Branche** – ein Autokauf kann ohne weiteres hinausgezögert werden.

Die Autoindustrie ging zwar rückblickend gestärkt aus der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 hervor. Der weltweite Autoabsatz erreichte 2011 mit 64,5 Millionen verkauften Autos eine neue Rekordmarke. Aber was zunächst wie ein Erfolg klingt, zeigt den tiefgreifenden Wandel der Branche. Während die Verkäufe in den Schwellenländern sprunghaft anstiegen, waren die europäischen Traditionsmärkte wie Deutschland, Frankreich oder Italien zum Teil von Kaufzurückhaltung geprägt. In Folge der Eurokrise sank der europäische Autoabsatz im ersten Halbjahr 2012. Besonders schlecht lief es in den südeuropäischen Ländern (Italien -20%; Spanien -8%; Frankreich -14% zum Vorjahreszeitraum).

Diese Entwicklung spaltet die europäische Autoindustrie in zwei Lager: Auf der einen Seite stehen mit VW, BMW oder Daimler wachstumsstarke, weltweit agierende Hersteller. Auf der anderen Seite Marken wie Renault, Opel, Fiat oder PSA Peugeot Citroën mit zunehmenden Absatzproblemen, die sich auf ihre Heimatmärkte konzentriert haben. Wie reagieren die Hersteller auf diese Situation? Sie gewähren angesichts der Verluste in Europa ihren Kunden immer höhere Preisnachlässe, sodass Fiat-Chef Sergio Marchionne den VW-Konzern jüngst in der New York Times beschuldigte, bei der Rabattschlacht „ein Blutbad“ anzurichten. Er ging sogar so weit, staatliche Gelder für Werksschließungen in Europa zu fordern.

Arbeitsplatzabbau ist für die IG Metall allerdings kein Heilmittel. Stattdessen muss der Strukturwandel in der Automobilindustrie aktiv gestaltet werden. Ökologisch und innovativ. Die IG Metall tritt einer rein finanzmarktgetriebenen Unternehmenssteuerung und neoliberaler Wirtschaftspolitik



Foto: IG Metall

Dr. Astrid Ziegler, arbeitet im Funktionsbereich Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik beim Vorstand der IG Metall und ist unter anderem zuständig für Industrie- und Verkehrspolitik.

entgegen. **Gewachsene, leistungsfähige, innovative Arbeitsplätze und gute Arbeit dürfen nicht gefährdet werden.** Die Konsolidierung in der Automobilindustrie hat eine neue Dynamik bekommen, an deren Ende die Beschäftigten nicht als Verlierer dastehen sollen – dafür setzt sich die IG Metall ein.

Andererseits befindet sich die Automobilindustrie auf dem Weg zur Elektromobilität. Mit der Einrichtung der Nationalen Plattform Elektromobilität (NPE) im Jahr 2010 hat die deutsche Bundesregierung die politischen Weichen gestellt. Die Elektrifizierung des Antriebsstrangs hat weitreichende Auswirkungen auf Hersteller und Zulieferer, auf Beschäftigung und Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten. Die NPE – an der auch die IG Metall beteiligt ist – will die **Wettbewerbsfähigkeit durch Innovationen erhalten und ausbauen** sowie die zentralen Akteure vernetzen. Das Elektroauto soll nicht nur in Deutschland entwickelt und gefahren, sondern auch gebaut werden. Das setzt allerdings Investitionen in Aus- und Weiterbildung voraus. Mit dieser Diskussion eng verbunden ist die Frage nach der Rolle des Elektroautos in einem integrierten Mobilitätskonzept. Das Auto als Teil eines Netzwerks, zu dem Fahrräder, Busse oder Bahnen gehören, setzt an einem Paradigmenwechsel an: **weg vom individuellen Eigentum des Autos hin zu einer nachfrageorientierten Mobilität.**

Ob der Weg zur Elektromobilität und zum Mobilitätsdienstleister sozial verträglich stattfindet und sogar neue Chancen für qualifizierte Beschäftigung eröffnet oder ob er als Jobkiller für Belegschaften und Standorte wirkt, können wir nicht alleine den Marktprozessen überlassen. Dafür ist **eine industriepolitische Steuerung unter aktiver Beteiligung der Beschäftigten, der Betriebsräte und der Gewerkschaften** notwendig. •

Autokunden werden vorsichtiger

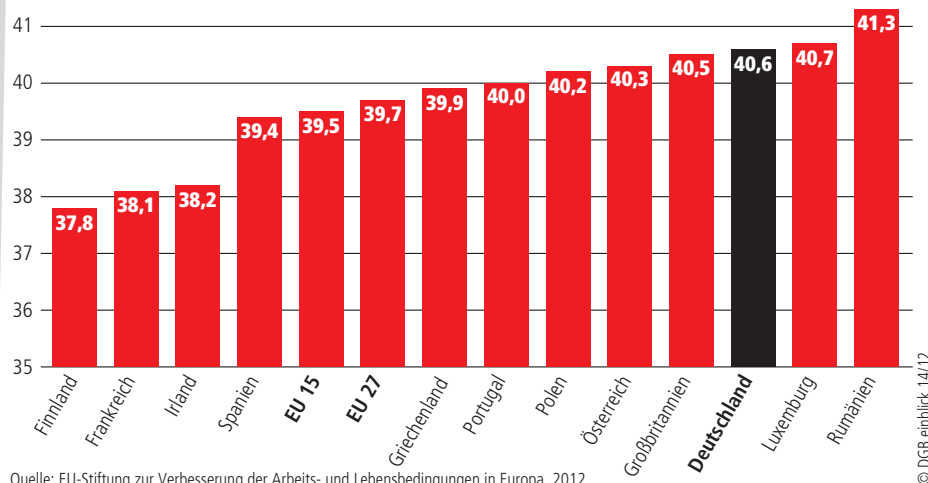
Die Auswirkungen der Krise sind auch für die Automobilindustrie spürbar. Vor allem die Zurückhaltung privater Käufer macht sich auf dem deutschen Automobilmarkt bemerkbar. So gab der Verband der Automobilindustrie bekannt, dass im Juli 2012 rund 13 000 Autos weniger angemeldet wurden als im Vorjahresmonat. Noch im Juni gab es ein Plus von 2,9 Prozent. Allerdings war bereits im Mai der Absatz um fünf Prozent geringer ausgefallen als im Vorjahreszeitraum.

Besonders Hersteller von Klein- und Mittelklassewagen leiden unter der geringeren Nachfrage. Europa-weit sind vor allem PSA Peugeot Citroën und Opel betroffen. Die deutschen Oberklasse-Hersteller Daimler und BMW sowie auch der VW-Konzern profitieren von ihrem weltweiten Absatzmarkt. So konnte Daimler Probleme in Europa mit dem Verkauf von Autos in Übersee und dem Vertrieb von Lastwagen kompensieren. Insgesamt hat der Stuttgarter Konzern so viele Autos verkauft wie noch nie. VW konnte im ersten Halbjahr 2012 insgesamt 1,6 Millionen PKW verkaufen und ist damit Weltmarktführer.

ARBEITSZEIT: Deutsche arbeiten mit am längsten

Die tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit liegt EU-weit oft höher, als es gesetzliche oder tarifliche Regelungen vorgeben. Das geht aus einer Erhebung der EU-Stiftung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen hervor. Auch die griechische Bevölkerung liegt keineswegs „faul auf der Haut“. Während EU-weit die Wochenarbeitszeit im Schnitt bei 39,7 Stunden liegt, arbeiten Griechen 39,9 Stunden. Deutschland gehört mit 40,6 Stunden nach Rumänien (41,3) und Luxemburg (40,7) zu den Spitzenreitern.

Durchschnittliche tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit in einem Vollzeitjob in 2011 (in Stunden)



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

27.8. DGB NRW, Hans-Böckler-Stiftung, Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE, Fachtagung „Arbeit in der energieintensiven Industrie: Mitbestimmung als ökologischer Fortschrittsmotor“, Witten

29.8. DGB-Bezirk Hessen-Thüringen, Fachtagung „aktiv² – gemeinsam Handeln im Betrieb“ für Schwerbehindertenvertretungen, Betriebs- und Personalräte, Frankfurt/Main

29.8. DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main und DGB-SeniorInnen, Geschichtswerkstatt: Antifaschistische Stadtrundfahrt, Frankfurt am Main

30.8. Friedrich-Ebert-Stiftung, Lüneburger Gespräche „Grenzen der Solidarität? Europas Weg aus der Krise“, Lüneburg

31.8. DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Frankfurter Bund für Volksbildung, Diskussion „Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien... und kein Frieden“, Frankfurt am Main

1.9. Antikriegstag

1.9. DGB-Region NRW Süd-West und Aachener Friedenspreis e.V., Verleihung des Aachener Friedenspreises, Aachen

5.-8.9. GEW, 6. GEW-Wissenschaftskonferenz „Reformbaustelle Hochschule“, Herrsching am Ammersee

personalien

••• **Stefan Gran**, 36, ist seit 1. Juli neuer Leiter der DGB-Verbindungsstelle in Brüssel. Er folgt **Dr. Gloria Müller**, 65, die im Frühjahr in den Ruhestand gegangen ist. Der studierte Volkswirt arbeitet bereits seit Dezember 2008 als politischer

Referent im Brüsseler DGB-Büro. ••• **Michael Knoche**, 45, zuletzt Redakteur bei der IG BAU-Mitgliederzeitschrift *Der Grundstein/Der Säemann*, ist seit 1. Juli Sekretär beim Vorstand der IG Metall im Funktionsbereich Tarifpolitik.

Tipp

Buch: Frank Bsirske, Lothar Schröder, Frank Werneke, Dina Bösch, Achim Meerkamp (Hrsg.): **Grenzenlos vernetzt – gewerkschaftliche Positionen zur Netzpolitik**, VSA-Verlag 2012, 208 Seiten, 14,80 Euro

Im Buch „Grenzenlos vernetzt“ stellt ver.di zentrale gewerkschaftliche Positionen zu netzrelevanten Themen wie der informationellen Selbstbestimmung oder den Persönlichkeits- und Urheberrechten vor. AutorInnen aus Wissenschaft und Gewerkschaft erläutern in ihren Beiträgen Probleme, Herausforderungen und Optionen für ein Leben mit und im Internet.

Schlusspunkt.

„Die Ratingagentur „Standard & Poor’s“ warnte, die Unruhen wirkten sich negativ auf Investoren und die Gesamtbewertung Südafrikas aus.“

ARD-Hörfunkkorrespondent Claus Stäcker am 17. August in seinem Beitrag über das Blutbad der südafrikanischen Polizei an streikenden Minenarbeitern.

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB

Verlag: Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke

Redaktion: Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Lena Clausen **Redaktions-**

anschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 24 20,

Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina

Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de

Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork

Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.)

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Beleg-

exemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Ver-

lag und Autor.

Mitbestimmung des Betriebsrats

Bei Nutzung eines Firmenparkplatzes

Der Arbeitgeber ist nicht verpflichtet, seinen Beschäftigten Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Wenn er das aber tut, muss er bei der Festlegung der Nutzungsbedingungen von Parkflächen die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats beachten. Bestehen gesetzliche Vorschriften, die für den Arbeitgeber zwingend sind, zum Beispiel im Sicherheitsbereich eines Flughafens, so werden die Mitbestimmungsmöglichkeiten des Betriebsrats entsprechend begrenzt.

**Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 7. Februar 2012 – 1 ABR 63/10**

Personenbedingte Kündigung

Bei Beeinträchtigung des Betriebs

Die personenbedingte Kündigung eines alkoholkranken Arbeitnehmers kann gerechtfertigt sein, wenn seine Alkoholkrankheit eine erhebliche betriebliche Beeinträchtigung verursacht. Das ist der Fall, wenn der Arbeitnehmer eine Arbeitsaufgabe verrichtet, die mit Selbst- und Fremdgefährdung von Personen und Sachen einhergeht.

**Landesarbeitsgericht München,
Urteil vom 10. Mai 2012 – 3 Sa 1134/11**

Befristung

Trotz Sachgrund unwirksam

Nach dem Gesetz ist die Befristung eines Arbeitsvertrags zulässig, wenn sie durch einen sachlichen Grund gerechtfertigt ist. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn der Arbeitnehmer zur Vertretung eines anderen Arbeitnehmers beschäftigt wird. Ausnahmsweise kann aber eine Befristung rechtsmissbräuchlich und damit unwirksam sein, obwohl ein sachlicher Grund vorliegt. Das ist in jedem Einzelfall zu prüfen. Für das Vorliegen eines Rechtsmissbrauchs kann insbesondere eine sehr lange Gesamtdauer oder eine außergewöhnlich hohe Anzahl von aufeinanderfolgenden befristeten Arbeitsverträgen mit demselben Arbeitgeber sprechen.

**Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 18. Juli 2012 – 7 AZR 443/09**

Schmiergeld

Gehört dem Arbeitgeber

Ein Arbeitnehmer muss empfangene Schmiergelder an den Arbeitgeber herausgeben.

**Landesarbeitsgericht München,
Urteil vom 8. Mai 2012 – 6 Sa 957/11**

Ausbildungsunterhalt

Nach der Schule nur für kurze Zeit

Ein volljähriges Kind hat Anspruch auf Ausbildungsunterhalt gegenüber seinen Eltern im Zeitraum zwischen Schulabschluss und weiterführender Ausbildung. Dieser Zeitraum darf aber nicht über Gebühr ausgedehnt werden. Bei längeren Pausen, auch wenn diese durch Wartezeit auf einen Studienplatz erzwungen sind, ist eine Erwerbstätigkeit des volljährigen Kindes zu erwarten.

**Oberlandesgericht Karlsruhe,
Beschluss vom 8. März 2012 – 2 WF 174/11**

Elternzeit

Kündigungsschutz ist sehr wichtig

Während der Elternzeit darf der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis nicht kündigen. Das Kündigungsverbot beginnt mit dem Zeitpunkt des Antrags, höchstens jedoch acht Wochen vor Beginn der Elternzeit.

Der Fall: Die Leiterin eines katholischen Kindergartens beantragte Elternzeit wegen der Geburt eines Kindes. Sie teilte zugleich mit, eine gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft begründet zu haben. Die Pfarrkirchenstiftung, Träger des Kindergartens, wollte der Frau wegen Verstoßes gegen die Grundsätze der katholischen Glaubens- und Sittenlehre kündigen, benötigte dafür aber während der Elternzeit die Zustimmung der Behörde. Diese lehnte den Antrag auf Zustimmung ab. Sie habe sich weltanschaulich neutral zu verhalten und sei an die Wertung der Kirche nicht gebunden. Die Diözese klagte erfolglos mit dem Ziel, die Zustimmung des Gewerbeaufsichtsamtes zur Kündigung zu erzwingen.

Das Verwaltungsgericht: Nach dem Gesetz kann in besonderen Fällen ausnahmsweise eine Kündigung während der Elternzeit für zulässig erklärt werden. Der vom Gesetz geforderte Fall liegt aber hier nicht vor. Das Interesse der Leiterin des Kindergartens an einem kontinuierlichen Erwerbsleben und an der Einhaltung der Kündigungsfrist nach Ablauf der Elternzeit ist höher zu bewerten als das Interesse der Kirche, das Arbeitsverhältnis bereits während der Elternzeit zu beenden.

**Verwaltungsgericht Augsburg,
Urteil vom 19. Juni 2012 – Au 3 K 12.266**

Gesetzliche Unfallversicherung

Eisschlecken ohne Versicherungsschutz

Der Verzehr von Speiseeis auf dem Heimweg fällt nicht unter den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

Der Fall: Der freiwillig versicherte Unternehmensberater befand sich auf dem Heimweg, als er sich beim Einfahren der U-Bahn an einem hart gefrorenen Brocken Speiseeis verschluckte. Es sei nach seinem Bekunden in der Speiseröhre hängen geblieben, was starke Brustschmerzen verursachte. Im Krankenhaus wurde ein Herzinfarkt festgestellt. Der Mann war der Auffassung, dass es sich um einen Arbeitsunfall gehandelt habe. Die Berufsgenossenschaft lehnte aber die Ansprüche ab. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Die Nahrungsaufnahme ist grundsätzlich unversichert. Von diesem Grundsatz sind lediglich Ausnahmen zu machen, wenn die Nahrungsaufnahme zur Wiedererlangung der Arbeitskraft erforderlich ist oder sie aus betrieblichen Gründen besonders schnell erfolgen muss. Ein solcher Ausnahmefall liegt nicht vor. Der Eisverzehr war nicht zur Wiedererlangung der Arbeitskraft erforderlich. Abgesehen davon, dass ein Speiseeis erfahrungsgemäß zu Genusszwecken und nicht zur Stärkung verzehrt wird, befand sich der Unternehmensberater bereits auf dem Weg nach Hause. Er war also auf die Nahrungsaufnahme nicht angewiesen, um seine Arbeit fortzusetzen. Die Nahrungsaufnahme musste auch nicht aus betrieblichen Gründen besonders schnell erfolgen. Der Mann hat das Eis mit besonderer Beschleunigung gegessen, weil er in den Zug einsteigen wollte und der Verzehr von Speiseeis im Zug nicht gestattet ist. Hierbei handelt es sich um einen Grund, der erkennbar nicht betrieblicher Natur ist, denn er steht in keinem Zusammenhang mit den geschäftlichen Abläufen in seinem Unternehmen.

**Sozialgericht Berlin,
Gerichtsbescheid vom 21. Oktober 2011 – S 98 U 178/10**